

Ressort: Politik

DGB: KI-Einführung darf Rechte der Beschäftigten nicht gefährden

Berlin, 14.01.2019, 16:41 Uhr

GDN - Angesichts des zunehmenden Einsatzes von Künstlicher Intelligenz (KI) fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten zu wahren. KI-Anwendungen würden neue Möglichkeiten bieten, Beschäftigte und Belegschaften zu vermessen und zu bewerten, "zum Beispiel durch individuelles Profiling oder betriebliche Netzwerkanalysen", heißt es in einem Impulspapier des DGB, welches am Dienstag veröffentlicht wird und über das der Tagesspiegel (Dienstausgabe) berichtet.

"Eine solche Form der Optimierung von Beschäftigten kann zusätzlichen Druck entfachen, neue psychische Belastungen hervorrufen und am Ende neue Konflikte auslösen", warnt der DGB. Die Gewerkschaft fordert "ein generelles Initiativ- und Mitbestimmungsrecht bei der Nutzung personenbezogener Daten", sagte DGB-Chef Reiner Hoffmann. "Es muss klar sein, dass KI nicht hinter dem Rücken der Beschäftigten eingesetzt wird. Das ist auch die Grundlage für Akzeptanz und Vertrauen im Betrieb." Deshalb erwarte er von der Bundesregierung "einen konkreten Zukunftsplan, mit dem wir die KI für die Arbeitswelt gemeinsam politisch gestalten".

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-118406/dgb-ki-einfuehrung-darf-rechte-der-beschaeftigten-nicht-gefaehrden.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com